

Regionale nicht nur Thema für das Rathaus

Grüne: Politik und Vereine einbinden

Hilchenbach. Grünen-Fraktionschef Dr. Peter Neuhaus drängt darauf, dass auch die Ratsfraktionen in die Überlegungen zur Südwestfalen-Regionale 2025 einbezogen werden. In einer Mitteilung zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am heutigen Mittwoch berichtet die Verwaltung über eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, die bei einem ersten Treffen in diesem Monat die „weitere Vorgehensweise“ besprechen und „die Einbindung der Öffentlichkeit in Form einer Auftaktveranstaltung“ verabreden soll.

Dies, so Dr. Neuhaus in einer Mail an Bürgermeister Holger Menzel, nehme er „mit großer Verwunderung zur Kenntnis“. Dass die Arbeitsgruppe rein verwaltungsintern zusammengesetzt sein soll und „weitere Interessenten“ lediglich im Rahmen von „Ideenworkshops“ beteiligt würden, treffe auf sein „entschiedenes Unverständnis“: „Ich werte dies als einen Affront gegenüber der Kommunalpolitik unserer Stadt.“ Schließlich habe der Stadtentwicklungsausschuss im Dezember „ausdrücklich den Willen kundgetan, dass die vorgesehene Arbeitsgruppe eben nicht rein verwaltungsintern besetzt sein sollte“. Jede Fraktion sollte dazu einen Delegierten entsenden, ebenso sei die Beteiligung der Vereine gewünscht worden „sowie unbedingt die Beteiligung von Kino und Kultur, da gerade der Regionale-Schwerpunkt Digitalisierung für die Kulturarbeit der nächsten Jahrzehnte essenziell ist“. Wichtig sei zudem eine Vertretung der Jugend, „denn es geht bei der Regionale 2025 um Zukunftsgestaltung und Zukunftsgerechtigkeit.“

„Zentrale Zukunftsfragen“

Eine Arbeitsgruppe müsse, um arbeitsfähig zu sein, personell überschaubar sei. „Klar ist aber auch, dass der Regionale-Prozess zu bedeutend ist, um ihn rein verwaltungsintern abzufrühstücken“, schreibt Dr. Neuhaus und bittet, am Mittwoch eine erweiterte Zusammensetzung der Arbeitsgruppe vorzuschlagen. „Ansonsten steht uns, nach Musikfest im Sommer und Sponsoring, die nächste Kontroverse ins Haus, bei der die Verwaltung nur verlieren kann, indem sie den Eindruck vermittelt, die Politik bei zentralen Zukunftsfragen nicht mit am Tisch haben zu wollen.“